

Coronapandemie: Kinder und Jugendliche sollen mehr in den Blick genommen werden

Expertenrat der Bundesregierung fordert Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen

Berlin im Februar 2022: Der Expertenrat der Bundesregierung fordert aufgrund der Maßnahmen und Belastungen durch die Coronapandemie bei Kindern- und Jugendlichen, dass Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen. Er anerkennt, dass Kinder und Jugendliche in besonderem Maße "durch die sekundäre Krankheitslast psychisch und physisch belastet sind, ausgelöst u.a. durch Lockdown-Maßnahmen, Belastungen in der Familie wie Angst, Krankheit, Tod oder Existenzverlust, Verlust an sozialer Teilhabe und Planungsunsicherheit". Dazu gehören deutliche erhöhter Medienkonsum, vermehrte Depressionen, Essstörungen, wie z.B. Magersucht, Ess- Brech-Sucht oder Übergewicht, aber auch Vereinsamung.

Die VAKJP hat, auf Anregung des Beirates, eine Task Force zur Thematik „Kinder und Corona...“ eingerichtet die sich intensiv und auch weiterhin dazu engagiert. Auch haben wir als VAKJP, auch im Verbund mit anderen Verbänden sowie mit großer Fachexpertise unserer Kolleginnen und Kollegen, uns sehr dafür eingesetzt, dass die Situation der Kinder- und Jugendliche in diesen schwierigen Zeiten beachtet und in den Blick genommen wird. Insofern begrüßen wir, dass der Expertenrat nun unsere Forderungen aufgegriffen hat, die psychischen Belastungen der Kinder und Jugendlichen Schwerpunktmäßig zu berücksichtigen. Auch begrüßen wir, dass der Rat u.a. eine Verbesserung der Versorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen empfiehlt. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch eine verbesserte psychotherapeutische Versorgung und nicht nur eine verbesserte psychiatrische, medizinische oder pädiatrische Versorgung.

Mehr unter:

<https://www.bptk.de/kindeswohl-vorrangig/>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/expertinnenrat-der-bundesregierung-2002396>

[7. Stellungnahme des Expert*innenrates der Bundesregierung](#)